

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 M bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 M; durch die Post monatlich 2.60 M freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pf.; amtlich 1 mm
30 Pf. und 2 Pf.; Melame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 7/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretinig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 224

Donnerstag, den 25. September 1930

82. Jahrgang

Ämtlicher Teil

Die Liste über die Abstimmung wegen Errichtung einer Zwangsinnung für das Tisch-
lerhandwerk innerhalb des Amtsgerichtsbezirks Pulsnitz mit Ausnahme der Orte Großröhrsdorf,
Bretinig und Hauswalde ist geschlossen worden und legt vom 26. September 1930 zwei
Wochen zur Einsicht und Erhebung etwaiger Widersprüche der Beteiligten im Gemein-
zimmer 5, des Rathauses während der ordentlichen Geschäftszeit (8 bis 1/1 Uhr vormittags)

Öffentlich aus. Dies wird mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß nach Ablauf der Frist an-
gebrachte Einsprüche unberücksichtigt bleiben.

Pulsnitz, den 24. September 1930.

Der Kommissar

Stadtrat Beyer, Stellvert. Bürgermeister

Neue Umgruppierung bei den Mittelparteien

Botschafter Sackett zur deutschen Krise — Lord Rothermere für Aenderung des Versailler
Vertrages und Rückgabe von Kolonien — Arbeitslosenversicherung wird auf 6 1/2 % erhöht

Demokraten gegen Staatspartei.

Die Bewegung in den Parteien der Mitte geht weiter,
und zwar jetzt in der Form des Widerstandes maßgebender
Mitglieder der alten Demokratischen Partei
gegen die Staatspartei. Die gesamte Fraktion der
Demokraten des Preussischen Landtages hat sich dagegen aus-
gesprochen, ohne weiteres zu einer Fraktion der Staats-
partei zu werden, und das, obwohl der von dieser Fraktion
der Demokraten gestellte preussische Finanzminister Höpfer-
Uhoff einer der maßgebendsten Führer der Staatspartei
ist. Die demokratische Landtagsfraktion in Preußen verlangt
die sofortige Einberufung des Außerordentlichen Parteitages
der Demokraten.

Unruhe in der Deutschen Volkspartei.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei trat
am Mittwochnachmittag im Reichstag zu der ersten Beratung
nach den Wahlen zusammen. In der Fraktionsberatung
wurden die Richtlinien besprochen, mit denen die Deutsche
Volkspartei die kommenden Verhandlungen mit dem
Kabinett Brüning und weitere innerpolitische Verhandlungen
führen will. Gegen den Parteiführer Dr. Scholz soll in der
Volkspartei eine Gegnerschaft entstanden sein. Die Opposition
soll ihren Ursprung in dem Scheitern der Verhandlungen
haben, die Dr. Scholz teils mit der Staatspartei, teils mit
allen Parteien und Gruppen der Mitte über ein gemeinsames
Vorgehen im Wahlkampf führte. In den verschiedensten
Wahlkreisen werden

Ausschüsse gegründet, die meistens nicht aus Ab- geordneten bestehen.

Diese Ausschüsse haben die gewählten Abgeordneten zu den
Beratungen hinzugezogen, wobei meistens in den Ausschüssen
die Forderung aufgestellt wurde, daß Verhandlungen über
einen Zusammenbruch der Mitte wieder aufgenommen wer-
den müßten, aber betont wurde, daß diese Verhandlungen
von Dr. Scholz nicht mehr geführt werden könnten. Einer
dieser Ausschüsse, dem Mitglieder der Deutschen Volkspartei
angehören, hat am Dienstagabend in Berlin eine Beratung
abgehalten und zu den Verhandlungen eine ganze Reihe von
neugewählten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei hin-
zugezogen. Es waren weiter Abgeordnete des Preussischen
Landtages und auch frühere Reichstagsabgeordnete, die kein
Mandat wieder erhalten haben, an den Beratungen beteiligt.
Man hat schließlich einen Ausschuß eingesetzt, dem
aber kein Abgeordneter angehört. Dieser Ausschuß
soll innerhalb der einzelnen Wahlkreise Vertrauens-
leute sammeln und von dieser Seite her die Politik der Partei
beeinflussen.

In einer offiziellen Mitteilung der Deut-
schen Volkspartei wird zu der Tagung des Aktions-
ausschusses erklärt, daß die Verhandlungen dieses Aktions-
ausschusses tatsächlich stattgefunden haben. Der Parteiführer
Dr. Scholz sei aber vorher über diese Verhandlungen
unterrichtet gewesen. Die Beratungen hätten das Ziel
gehabt, Sammlungsbestrebungen der bürgerlichen Mitte zu
betreiben.

Dr. Scholz wieder volksparteilicher Fraktions- vorsitzender.

Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, trat
die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am Mitt-
woch nachmittag zu einer fast vollständig besetzten Versamm-
lung im Reichstag zusammen. Abgeordneter Dr. Kahl machte
den Vorschlag, den bisherigen Partei- und Fraktionsvor-
sitzenden, Reichsminister a. D. Dr. Scholz wieder zum Vor-
sitzenden der Fraktion zu wählen. Durch Zutuf wurde dieser
Antrag einstimmig angenommen. Abgeordneter Dr. Scholz
übernahm den Vorsitz und bat die Fraktion um vertrauens-
volle Unterstützung, ferner um Einigkeit und Geschlossenheit.
Die Reichstagsfraktion dürfe keine Gruppen kennen, sondern
müsse stets ein einheitliches Ganzes darstellen. Die Fraktion
stimme diesen Ausführungen lebhaft zu.

Parteien erklären:

Gegenüber Pressemeldungen, daß der Christlich-
Soziale Volksdienst geneigt sei, eine Regierung der
Großen Koalition zu unterstützen, stellte der Christlich-Soziale
Volksdienst fest, daß diese Nachricht schon deshalb nicht zu-
treffen könnte, weil die Partei nur durch die Reichsleitung
oder durch die gewählten Abgeordneten vertreten werden
könne. Beide seien aber noch gar nicht zusammengekommen.

Bei der Generalversammlung des West-
fälischen Bauernvereins in Münster führte der
Präsident Diedmann u. a. aus: Werden nicht vom Reichstag
die von der Grünen Front geforderten wirtschaftspolitischen
Maßnahmen umgehend verwirklicht, dann ist die wirtschaft-
liche Rettung des Bauernums mehr als fraglich, ja fast nicht
mehr möglich. Das, was in dieser Hinsicht von der Re-
gierung Brüning vorgenommen worden ist, sind einleitende
Maßnahmen, die aber im Endeffekt wirkungslos bleiben
werden, wenn ihnen nicht die noch erforderlichen folgen.

Botschafter Sackett zur deutschen Krise

Berlin, 25. September. Der amerikanische Botschafter
in Berlin, Sackett, der sich zur Zeit in den Vereinigten
Staaten aufhält, erklärte nach einer Meldung des „Vokal-
anzeigers“ aus Washington in einer Unterredung, Deutsch-
land blicke auf die Vereinigten Staaten in der Erwartung,
daß sie die Welt aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise
wieder herausführen. Er sei überzeugt, daß Deutschland
imstande sei, seine Wirtschaft durch die stürmischen Wogen
der augenblicklichen Krise hindurchzusteuern. Auf die Frage,
ob er glaube, daß Deutschland, die Reparationszahlungen
fortsetzen könne, antwortete Botschafter Sackett ausweichend:
trotz drückender Steuerlasten werden seiner Ansicht nach die
Deutschen ihr Bestes tun.

Lord Rothermere für Aenderung des Versailler Vertrages und Rückgabe von Kolonien.

London. Lord Rothermere veröffentlicht in der
„Daily Mail“ einen Artikel „Deutschland und das Unver-
meidliche“. Er sagt u. a.: Der Wahlerfolg der National-
sozialisten bedeute die Wiegeburt Deutschlands und leite
eine neue Epoche in den Beziehungen Deutschlands zu den
anderen Ländern ein. Deutschlands Zukunft liege bei der
heute zweitgrößten Partei. Heute erhebe sich ein neues
starkes Deutschland, das in einigen Jahren noch stärker sein
werde. Die Engländer müßten ihre Auffassung über Deutsch-
land ändern. Die älteren Generationen der Deutschen seien
Englands Feinde gewesen. Wenn sich England auch die
jüngere Generation zum Feinde mache, werde Europa früher
oder später schrecklich erwachen. Der politische Einfluß der
Nationalsozialisten in Deutschland habe viele Vorteile für
Europa. Er errichte ein neues Bollwerk gegen den Bolsche-
wismus.

Der Grund für die Verstimmung über den Polnischen
Korridor könne beseitigt werden, wenn Deutschland
Polen seine Abgrenze gegen das bolschewistische
Rußland garantiere, wofür Polen Zugeständnisse
machen müsse.

Die britischen Staatsmänner müßten eifrig die möglichen
Herde eines Brandes studieren, der jetzt unter der friedlichen
Oberfläche Europas glimme, statt sich einzubilden, daß die
jetzigen internationalen Beziehungen ewig seien. Er sei
gegen die Zerreißung, aber für Anpassung
der Friedensverträge an die Verhältnisse
der kommenden Jahre. Er wiederhole seine vor
zwei Jahren an die britische Regierung gerichtete Mahnung,
Deutschland einige afrikanische Kolonien
mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika zurückzu-
geben. Dies sei nötig und eine Geste der Freundschaft.

Arbeitslosenversicherung wird auf 6 1/2 v. H. erhöht.

Berlin, 24. Sept. Das Reichskabinett hat, wie die
Telunion erfährt, auf Verlangen des Reichsarbeitsministers
beschlossen, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um 2 v. H.
von 4 1/2 auf 6 1/2 v. H. heraufzusetzen. Das Kabinett ist
hierzu beauftragt durch die Notverordnung ermächtigt.

Doch Herabsetzung der Beamtenegehälter?

Harthäufige Gerüchte.

Die Beamtenkorrespondenz („Bevo“), deren An-
gaben über das Bevorstehen einer Herabsetzung der Beamtene-
gehälter vor kurzem von zuständiger Stelle dementiert
wurden, weist nunmehr darauf hin, daß die Angaben
der Korrespondenz von zuständiger amtlicher Stelle als
im großen und ganzen richtig bezeichnet würden.

Nicht nur im Reich befinde sich ein solches Gesetz,
in Vorbereitung, sondern auch in den meisten Ländern.
Die Anregung hierzu solle aus den mehrfachen Minister-
besprechungen der Finanzminister der einzelnen Länder
gegeben worden sein. Die Korrespondenz behauptet dann,
womit zu wissen, daß sowohl im preussischen Finanz-
ministerium wie auch in Sachsen, Thüringen, Bayern,
Baden und Württemberg an derartigen Entwürfen ge-
arbeitet würde, die zum Teil schon vor ihrer Vollen-
dung stünden.

Beweis hierfür wäre, daß der Reichskanzler den
preussischen Finanzminister Höpfer-Uhoff zu einer Un-
terredung über die finanzielle Lage gebeten habe. Die
Korrespondenz habe bekanntlich vor kurzem gemeldet, daß
die Höhe der Besoldungssätze auf den ungefähren Stand
von 1926 zurückgedrückt werden solle.

Herabsetzung der Beamtenegehälter?

Berlin, 25. Sept. Wie die D. A. Z. zu der Nach-
richt der Beamten-Korrespondenz (Bevo), daß sich nicht nur
im Reich, sondern auch in den meisten Ländern ein Gesetz
zur Herabsetzung der Beamtenegehälter in Vorbereitung befinde,
erfährt, hofft man zur Zeit, die Sanierung ohne eine solche
Maßregel durchzuführen zu können.

Ämtliche Erklärung: Erst Transfer- aufschub, dann Zahlungsaufschub.

Die Forderung des Reichslandbundes nach sofortiger
Beanttragung des Zahlungsaufschubes hat zu einer scharfen
Gegenerklärung aus ämtlichen Kreisen Anlaß gegeben. Es
wird dort betont, daß nach dem Young-Plan Deutschland
zunächst nur einen Transferaufschub fordern könne, der
keinen Aufschub der Zahlungen bedeute, und daß erst nach
Ablauf des Transferaufschubes für 50 Prozent der dann
nicht überwiesenen Summen ein Zahlungsaufschub verlangt
werden könne. An dieses System des Young-Planes müsse
man sich halten. Die Forderung des Reichslandbundes sei
deshalb nicht durchführbar.

Forsetzung der Kabinettsberatungen.

Das Reichskabinett wird bis etwa zum Sonnabend
dieser Woche Verhandlungen über das neue Regierungs-
programm führen, das dem Reichstag bei seinem Zusammen-
tritt vorgelegt werden soll. Die erste Besprechung, die das
Kabinett am Dienstagnachmittag abhielt, führte zu einer
Einigung auf der Basis, daß das Kabinett zunächst für die
notwendigen finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen
Gesegentwürfe ausarbeiten will und daß
die Verhandlungen mit den Parteiführern bis zur Fertig-
stellung dieser Gesegentwürfe verschoben

werden sollen. Offenbar steht das Kabinett unter dem Ein-
druck der Aussprache, die am Montag zwischen dem Reichs-
präsidenten und dem Reichskanzler stattfand, und in der der
Reichskanzler die ausdrückliche Zustimmung des Reichs-
präsidenten dafür erreichte, daß das Kabinett zunächst sein
jogenanntes „Sanierungsprogramm“ weiterführt.

